

Presseerklärung

Besoldungsgesetz 2013/2014 in großen Teilen verfassungswidrig Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW fordert Rücktritt der Ministerpräsidentin

Am 18.06.2013 haben 20 Sachverständige (von insgesamt 21) in der Anhörung im Landtag die Verfassungswidrigkeit der Abkopplung der Richterschaft und eines großen Teils der Beamtenschaft von der Besoldungsanpassung reklamiert, sie sind jetzt bestätigt worden.

Trotz dieser geballten Expertenmeinung ließ sich die Landesregierung unter der Führung von Ministerpräsidentin Kraft nicht beeindrucken, vielmehr empfahl sie nachhaltig den Abgeordneten der Regierungskoalition, dem Gesetzentwurf der Regierung zuzustimmen.

Dies ist die vierte Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs NRW in der Regierungszeit der MP Kraft, die ein Gesetz der Koalition für verfassungswidrig erklärt. Daher muss die MP jetzt Konsequenzen ziehen. Sie trägt die Verantwortung für die gesamte Landesregierung.

Der Landesvorsitzende des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW, Reiner Lindemann, hierzu:

„Die Ministerpräsidentin hat gegen den Rat aller Rechtsexperten aus politischen Gründen ein offensichtlich verfassungswidriges Gesetz „durchgeboxt“ und damit dem Land erheblichen Schaden zugefügt. Das Vertrauen der dritten, Recht sprechenden Staatsgewalt in das grundsätzliche Bemühen der Politik um rechtmäßige Entscheidungen ist hierdurch nachhaltig erschüttert. Der DRB-NRW appelliert an die Regierung, zu einem Weg der vertrauensvollen und gemeinsamen Arbeit für einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst zum Wohle des Landes zurückzukehren. Der DRB-NRW ist jederzeit bereit, konstruktive Gespräche zur Stärkung des öffentlichen Dienstes zu führen.

Parallel dazu muss der Landtag als Besoldungsgesetzgeber neu nachdenken. Er wird jetzt die Vorgaben der Verfassung in Bezug auf die Besoldung der Beamten und Richter des Landes, die seit mehr als zehn Jahren ständig die Sparmaßnahmen der Regierungen ertragen, aber auch mitgetragen haben, einhalten.

Dabei geht es angesichts der Entwicklung der Besoldung der letzten drei Jahrzehnte um deutlich mehr als 5,6%.“

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an Reiner Lindemann unter 0171/6458244.

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen ist mit über 3600 Mitgliedern bei ca. 5.400 Richtern und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen deren größter Berufsverband

Verantwortlich im Sinn des § 8 PresseG (NW) :

Reiner Lindemann, Vorsitzender

Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen e.V.

Martin-Luther-Straße 11, 59065 Hamm, Telefon 02381/29814 – Telefax 02381/22568

E-Mail info@drb-nrw.de Internet www.drb-nrw.de